

Neue Schulstruktur: „Realschule plus“

Mit einer neuen Schulstruktur will das rheinland-pfälzische Bildungsministerium der demographischen Entwicklung, einem veränderten Bildungsverhalten und einer insbesondere in größeren Städten schwindenden Akzeptanz der Hauptschulen Rechnung tragen. Künftig soll es in Rheinland-Pfalz ein zweigliedriges Schulsystem bei den weiterführenden Schulen geben. Neben integrierten Gesamtschulen steht dann auf der eine Seite das Gymnasium, auf der anderen Seite die neue „Realschule plus“. Unter deren Dach wird es neben den (integrativen oder teilintegrativen) Regionalen Schulen auch so genannte „Kooperative Realschulen“ geben, in denen nach einer verbindlichen Orientierungsstufe ab der Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen gebildet werden. Spätestens zum Schuljahr 2013/2014 sollen die bisher eigenständigen Realschulen und Hauptschulen nicht mehr existieren.

Zudem werden an zunächst 40 Standorten der neuen Realschule plus zweijährige Bildungsgänge der „Fachoberschule“, die zur Fachhochschulreife führt, neu eingerichtet. Erklärtermaßen soll Eltern damit eine Alternative zum Gymnasium aufgezeigt werden.

Gleichzeitig soll an ausgewählten Schulen auch das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ als zusätzliches 10. Schuljahr für diejenigen Jugendlichen realisiert werden, die nach 9 Jahren noch nicht den Hauptschulabschluss geschafft haben.

Verteilungskämpfe

Nicht unerwartet hat bereits die Ankündigung dieser strukturellen Veränderungen zu entsprechenden Reaktionen insbesondere auf der kommunalen Ebene geführt. Nachdem die – oft zu unrecht – mit einem Negativ-Etikett behafteten Hauptschulen zunehmend unter rückläufigen Anmeldezahlen aus den Grundschulen litten, war schon seit längerem deutlich geworden, dass in diesem Bereich etliche Standorte gefährdet sind. Inzwischen aber hat förmlich ein Wettlauf der kommunalen Schulträger eingesetzt, um die eigene Hauptschule bzw. Regionale Schule dauerhaft abzusichern. Dabei wird - verständlicherweise – zumindest die Einrichtung einer Fachoberschule, teilweise aber sogar die Erweiterung zur Integrierten Gesamtschule gefordert. Auch der

Realschullehrerverband VDR setzt sich z.B. vehement dafür ein, an allen – landesweit rund 120 - Realschulstandorten Fachoberschulen mit der Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife zu installieren.

„Verteilungskämpfe“ zeichnen sich – vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen leicht erklärlich – auch zwischen den einzelnen Schularten ab. So haben insbesondere die Berufsschullehrerverbände heftig kritisiert, dass die neue Realschule plus quasi „auf beiden Seiten des Begabungsspektrums“ in Konkurrenz zu bewährten Angeboten der Berufsbildenden Schulen treten wird. Das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ als zusätzliches 10. Schuljahr könnte die bisher verpflichtenden Berufsvorbereitungsjahre an den Berufsbildenden Schulen in Frage stellen. Besonders heftig kritisiert wurde aber seitens der Berufsschulen die geplante „Fachoberschule“ an der neuen Realschule plus. Dieses Angebot – so wird befürchtet – gefährdet massiv die Vollzeit-Bildungsgänge der Berufsbildenden Schulen, die bisher zur Fachhochschulreife geführt haben.

Die Kernbotschaft dieser schulpolitischen Diskussion lautet letztlich: möglichst viele (am besten alle) Jugendliche sollen in der eigenen Gemeinde bis zum Abitur oder zumindest zur Fachhochschulreife geführt werden.

Auswirkungen auf die duale Ausbildung

Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass sich diese Schulreform massiv auf die duale Ausbildung auswirken wird. Angesichts ohnehin stark rückläufiger Schüler- und damit Bewerberzahlen könnte das vorliegende Konzept fatale Folgen für die Nachwuchssicherung der Wirtschaft haben.

Die aktuellen Diskussionen über Standorte und Abschlüsse - mit einem Wettlauf von Kommunen um die Fachoberschule - haben bereits dazu geführt, dass der Erwerb der Fachhochschulreife als das eigentliche Bildungsziel der neuen Realschule plus wahrgenommen wird. Eine duale Berufsausbildung erscheint dagegen nur noch als „Notausstieg für Minderbegabte“.

Aus der Sicht der Wirtschaft darf es aber bei der anstehenden Reform nicht in erster Linie um Standorte und höhere Abschlüsse, sondern es muss um Inhalte und qualitative Verbesserungen gehen. Die Aussicht auf die Fachhochschulreife löst ja nicht „automatisch“ die Probleme z.B. der Hauptschulen und Hauptschüler insbesondere in

den sozialen Brennpunkten größerer Städte. Zudem ändert sich mit dem neuen Etikett „Realschule plus“ auch nicht die heterogene Schülerpopulation. Ob z.B. bei einer längeren gemeinsamen Beschulung die guten Schüler die schwachen „mitziehen“, erscheint – wie aktuelle Untersuchungen in Berlin zeigen - keineswegs sicher.

Im Zentrum der neuen Schulart muss daher eine neigungs- und begabungsgerechte individuelle Förderung und Persönlichkeitsbildung der Jugendlichen stehen. Dies erfordert eine frühzeitige, gezielte Unterstützung sowohl leistungsschwächerer als auch leistungsstarker Schüler. Gerade diesen wichtigen Aspekt haben die Wirtschaftskammern in den letzten Jahren in ihren schulpolitischen Stellungnahmen und Positionspapieren immer wieder hervorgehoben. *

Für die Nachwuchssicherung der Wirtschaft ist es außerordentlich wichtig, dass möglichst alle Jugendlichen bis zur 9. Klasse zur Berufsreife geführt werden, sodass Berufsvorbereitungsjahre, das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ und weitere - oft ineffiziente - „Warteschleifen“ von vornherein vermieden werden. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt werden, dass auch begabte Jugendliche systematisch an eine duale Ausbildung mit ihren vielfältigen Zukunftschancen herangeführt werden. *

Erwartungen der Wirtschaft

Die Entwicklung einer neuen Schulstruktur muss insbesondere der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung gerecht werden. Die Wirtschaft erwartet daher von der Landesregierung klare Aussagen zu folgenden Punkten:

- Die Sicherung der Ausbildungsfähigkeit und die Hinführung zu einer Ausbildung im dualen System ist eine herausragende Kernaufgabe der neuen Realschule plus.
- Eine gezielte, systematische Berufsorientierung wird für alle Schülerinnen und Schüler der Realschule plus – auch im realschulabschlussbezogenen Zweig – durch entsprechend ausgeweitete Lehrpläne sichergestellt. Grundlage hierfür sind die bereits im Hauptschulbereich erfolgreich entwickelten Ansätze und Modelle.
- Auch wenn die Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Experten wichtig und richtig ist, muss die Berufsorientierung als originäre Aufgabe der Schulen und der Lehrkräfte verstanden werden. Es reicht nicht, diese Aufgabe z.B. an Schulsozialarbeiter, Arbeitsagenturen oder andere Träger von Angeboten einer

vertieften Berufsorientierung „auszusourcen“. Nachdem inzwischen praktisch keine Arbeitslehre-Lehrkräfte mehr ausgebildet werden, ist hier ein neues Programm für eine systematische Lehrerqualifizierung notwendig. Dazu zählen auch Sofortmaßnahmen der Lehrerfortbildung, für die die Wirtschaft ihre Unterstützung anbietet.

- Vor allem aber müssen die beruflichen Perspektiven für erfolgreiche Absolventen des dualen Systems gestärkt werden. Wie in anderen europäischen Ländern üblich und auch von der Bundesregierung nachdrücklich gefordert, sollten erfolgreiche Gesellen- und Abschlussprüflinge einen direkten Hochschulzugang erhalten. Dies deckt sich zudem mit der Zielsetzung, einen Europäischen Qualifikationsrahmen zu entwickeln und dabei z.B. die in der beruflichen Aus- und Weiterbildung erworbenen Kompetenzen künftig auch im Hochschulbereich anzuerkennen.
- Darüber hinaus sollte eine neue Schulstruktur vor allem „intern“ entwickelt werden, um die Eigenverantwortung der Schulen in organisatorischen, inhaltlichen, personellen und finanziellen Fragen zu stärken. Dies erfordert gleichzeitig die Einführung verbindlicher Leistungsüberprüfungen und landeseinheitlicher Abschlussprüfungen. *

Fazit:

Wer Begabungen fördern und Chancengerechtigkeit sicherstellen will, darf Schüler nicht nur möglichst lange im allgemein bildenden Schulsystem festhalten, sondern muss ihnen Karriere- und Aufstiegsoptionen insbesondere über eine duale Ausbildung ermöglichen. Eine erfolgreiche Gesellen- oder Facharbeiterprüfung sollte die Chance eröffnen, sich sowohl beruflich (z.B. zum Meister) weiterzuqualifizieren als auch ein Studium zu beginnen. Dies wäre dann eine echte und – aufgrund der erworbenen beruflichen Kompetenzen und Qualifikationen – besonders attraktive Alternative zum Gymnasium und würde der neuen Realschule plus ein eigenständiges, zukunftsfähiges Profil geben.

* vgl. hierzu:

- „Unsere Schulen auf Leistungskurs bringen!“ (Bildungspolitische Positionen der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz 2008)
- „Förderung, Kompetenzen und Gestaltungsfreiheit“ (Schulpolitische Positionen der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz 2004)